ordentlichen Untersuchungskommission wurde niedergebrannt, sämtliche Mitglieder der Kommission wurden ums Leben gebracht. Auch andere Sowjetbeamte wurden getötet. Der vom Volke gewählte Revolutionsausschuß hat eine Verordnung betr. allgemeine Mobilmachung gegen die Sowjetherrschaft erlassen. Nach einer andern Meldung wüten heftige Kämpfe in Weißrußland, namentlich im Raume von Minsk. Angeblich wurde die Stadt Pskow wieder von den Revolutionären besetzt.

Türkei.

× **Niederlage der griechischen Armee.** Nachdem die Türken sich anfangs unter dem Druck der griechischen Offensive hatten zurückziehen müssen, haben sie jetzt, unterstützt durch zahlreiche Verstärkungen, einen Gegenangriff gegen die griechische Front unternommen, der ihnen 20 Geschütze und 1700 Gefangene einbrachte.

Aus In- und Ausland.

Kaiserslautern. Die militärische Vorzensur über die Blätter in der Pfalz ist aufgehoben worden.

Rom. Die Frist für die Einreichung der Forderungen betreffend die kleinen deutschen Vermögen, welche 50 000 Lire nicht überschreiten, ist bis zum 30. April verlängert worden.

Paris. In einem Artikel, in dem von dem Nachtleben in Paris gesprochen wird, stellt die „Humanité" fest, daß es im Seine-Departement augenblicklich 120 000 Arbeitslose gibt.

Mailand. Nach den bisherigen Feststellungen beträgt die Zahl der Opfer des Bombenanschlags vor dem Diana-Theater siebzehn Tote und dreiundneunzig Verwundete.

An die Adresse der Entente.

Keine Unterstützung durch Amerika.

Aus Washington wird gemeldet, daß die Republican Publicity Association, die eine große Zahl von republikanischen Blättern über die Republik der Republikaner unterrichtet, eine Mitteilung veröffentlicht habe, in der es heißt, das Land kehre in seinem Verhältnis zu Europa rasch zu den Vorkriegsbedingungen zurück, und es bestehe keine Gefahr, daß Harding sich durch die listigen Kniffe der europäischen Diplomaten von diesem Wege abbringen lasse. Die Alliierten hofften, daß die Vereinigten Staaten ihre Sympathie für die Politik der Alliierten gegenüber Deutschland zeigen würden, und hätten die Eröffnungsrede des Präsidenten Harding dahin ausgelegt, daß Deutschland nicht auf die Sympathie der Vereinigten Staaten rechnen könne. Die Staatsmänner Europas sollten sich nur keiner Täuschung hingeben, denn die Vereinigten Staaten würden sich in die Auslegung des Friedensvertrages nicht einmischen. Der Streit über die deutschen Zahlungen müsse den Beteiligten überlassen werden. Amerika sei aus Europa heraus. Es sei nur eine offizielle Bekanntmachung dieser Tatsache erforderlich, durch einen Vertrag oder durch eine Entschließung des Kongresses, um genau dieselben Friedensverhältnisse wiederherzustellen, die vor Beginn des Krieges bestanden.

Die Stimme der Vernunft.

Nur ein deutsches Oberschlesien.

Die Abstimmung in Oberschlesien hat eine klare Mehrheit für Deutschland ergeben; denn die deutschen Stimmen betragen rund 715 000, die polnischen 460 000. Das hindert aber die polnischen Blätter nicht, den Polen den Sieg zuzuschreiben; im gleichen Augenblick wurden die führenden deutschen Blätter in Oberschlesien von der interalliierten Kommission auf 15 Tage verboten. So wurde dem Entstehen falscher Urteile Vorschub geleistet.

Die sehr hochgespannten Erwartungen im Reiche sind vielleicht nicht voll erfüllt worden. Die Kenner Oberschlesiens aber sind mit dem Ergebnis durchaus zufrieden, teilweise sind sie sogar angenehm überrascht. Die gemeindeweise Abstimmung hat nämlich gezeigt, daß die einsichtigen Oberschlesier, ungeachtet aller Unzufriedenheiten, der Stimme der Vernunft gefolgt sind und sich für Deutschland entschieden haben. Hierzu gehören vor allem die gewandteren Städter und die Arbeiterschaft, soweit sie auf Grund ihrer höheren Intelligenz gewerkschaftlich organisiert oder als gehobene Arbeiter in den Hütten beschäftigt ist. So weisen außer den großen Städten auch die Gemeinden Bismarckhütte, Schwientochlowitz, Laurahütte, Hohenlohehütte, Eintrachtshütte u. a. eine deutsche Mehrheit auf; eine direkt überraschende deutsche Mehrheit ergaben die stark polnischen Gemeinden Hindenburg und Zaborze, die Hochburgen der „Unabhängigen".

Gegenüber der deutschen Mehrheit von über eine Viertelmillion Stimmen fällt es nicht ins Gewicht, daß in den Grenzkreisen kleine und kleinste Landgemeinden eine polnische Mehrheit hatten. Die Bestimmungen des Friedensvertrages, daß das Abstimmungsergebnis gemeindeweise, und zwar nach der Stimmenmehrheit in jeder Gemeinde, festgestellt wird, kann unmöglich dahin ausgelegt werden, daß die deutsche Stadt Königshütte mit 31 800 deutschen Stimmen ebenso zu werten ist, wie die polnische Gemeinde Kruschitz mit 69 polnischen Stimmen. Die Bestimmung hat vielmehr lediglich technischen Charakter, die Auswertung des Ergebnisses muß man der Vernunft des Verbandes überlassen.

Auch eine Abtrennung der zusammenhängenden polnischen Landgemeinden längs der Grenze kommt nicht in Frage. Gegen eine solche Absicht würden nämlich diese Gemeinden selbst am heftigsten protestieren, denn sie sind wirtschaftlich vollständig abhängig von den benachbarten deutschen Industriestädten. Sie würden also sich selbst zugrunde richten und Polen nichts nützen.

Der deutsche Sieg in Oberschlesien muß schließlich auch dem Verband willkommen sein. Er hat in den dreizehn Monaten der Besetzung längst erkennen müssen, daß Oberschlesien kulturell ein deutsches Land ist und nur bei Deutschland weitergedeihen kann, bei Polen aber in den wirtschaftlichen Untergang dieses Landes rettungslos mit hineingerissen würde. Frankreich hat daher kein Interesse, daß sein Schuldner Polen Oberschlesien erhält, weil es damit noch lange nicht zahlungsfähig wird. Wenn Deutschland dieses Gebiet verliert, müßte es dafür einen entsprechenden Nachlaß bei der Reparationsschuld erhalten, an der Frankreich mit 52 Prozent beteiligt ist. So muß sich auch im Obersten Rat die Stimme der Vernunft für Deutschland entscheiden.

•

Die Versäumnisse der Interalliierten Kommission.

Der polnische Terror tobte sich in der Woche nach der Abstimmung fast ungehindert aus. Kattowitz und Königshütte wurden von flüchtenden Deutschen aus den Dörfern überflutet, die von polnischen Banden heimgesucht wurden. Der Vertreter des deutschen Bevollmächtigten in Oppeln richtete infolge der ungeheuerlichen Vorkommnisse in seiner Note ernsthafte Vorstellungen an den französischen Oberkommandanten Le Rond, der die Dinge fast tatenlos laufen ließ. In der Note wurde festgestellt, daß die deutsche Bevölkerung trotz aller polnischen Angriffe und Gewalttaten überall Ruhe bewahrt hat und sich keine Herausforderung zuschulden kommen ließ. Sie hat unbedingt Anspruch darauf, daß die interalliierte Kommission ihr Leben und Eigentum schützt und sie gegen Provokationen der Gegner sichert. Es ist unbegreiflich, sagt die Note, daß seitens der mit der Regierung des Landes betrauten Stellen durch vorbeugende Maßnahmen nicht rechtzeitig verhindert worden ist, daß solche Zustände aufkommen konnten, wie Oberschlesien sie abermals erlebt. Auch über Königshütte wurde der Belagerungszustand verhängt.

Der Ruf aus tiefster Not.

Der durch Funkspruch überall verbreitete Hilferuf der deutschen Oberschlesier sagt: „Geknebelt, wehrlos, jeder Möglichkeit beraubt, anders von unserem Elend Kunde zu geben, hoffen wir, die Welle der Luft werde die Botschaft zu denen hinaustragen, die uns mühelos durch einen Wink helfen können, wenn sie wollen." Weiter heißt es in dem erschütternden Bekenntnis: „In unseren Dörfern und Städten wird geraubt, gemordet, geplündert! Unsere Häuser werden angezündet, wir werden geprügelt, Männer, Frauen und Kinder mit Stöcken und Gummiknüppeln geprügelt. Wir müssen aus unseren Wohnsitzen fliehen und sind ohne Obdach. Das alles geschieht unter den Augen der freyden Soldaten, von denen uns manche wohl helfen wollen, aber nicht dürfen, weil sie dem Willen eines einzelnen unterstellt sind. Geschieht es mit eurem Wissen, daß dieser einzelne untätig zuschauend Mörder und Räuber beschützt anstatt Menschenrecht und Freiheit? Er höhnt uns, wenn er von unserer Freiheit spricht; er beschimpft euch, wenn er von unserer a,enGrlegen.a-GKenirudgoumI euch, wenn er erklärt, die Machtfülle hierzu stamme aus eurer Hand. Helft uns, wir verlangen nichts Ungebührliches. Wir wollen nachts in unseren Häusern ruhig schlafen und am Tage arbeiten für das Leben unserer Frauen und Kinder und für die Welt, die die Erzeugnisse unseres Landes zum friedlichen Wiederaufbau braucht. Höret diesen Schrei gequälter friedliebender, arbeitswilliger Menschen!"

Attentat auf Giolitti.

Die Bombe unter der Eisenbahnbrücke.

Auch in Italien sind die Kommunisten nach russischem Muster an der Arbeit.

Auf den Eisenbahnzug, der den italienischen Ministerpräsidenten Giolitti von Rom in seine Heimatstadt bringen sollte, ist bei Livorno ein Dynamitattentat ausgeführt worden. Die Höllenmaschine explodierte jedoch, kurz nachdem der Zug die unterminierte Brücke passiert hatte. Die Brücke ist vollständig zerstört worden.

Zu der gleichen Zeit, wo in Mailand vor dem Diana-Theater eine Bombe zur Explosion gebracht und dadurch 20 Personen getötet und über 100 Personen verwundet wurden, wurde in Genua in unmittelbarer Nähe des Theaters Margerita eine Bombe geworfen. In Mailand wurden 200 Kommunisten verhaftet, die an dem Bombenattentat gegen das Diana-Theater beteiligt sein sollen, und die italienische Regierung hat eine Belohnung von 20 000 Lire ausgesetzt für genaue Angaben zur Ermittlung der Täter. In Genua sind fünf ausländische Kommunisten verhaftet worden, darunter vier bolschewistische Sendboten aus Deutschland. Während bisher Rußland die Attentäter ans Ausland lieferte, teilt sich jetzt Deutschland mit ihm in diese Ehre. Die Namen dieser deutschen Kommunisten sind: Ernst Schlosser (41 Jahre alt), Gustav Hoffer (21 Jahre alt) und Erich Hukler, sämtlich aus Berlin, und Max Haseler (21 Jahre alt) aus Königsberg. Sie trugen Waffen bei sich und waren mit der Mitgliedskarte der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands versehen. Hukler ist sogar erst 16 Jahre alt.

Welt- und Volkswirtschaft.

* **Australischer Weizen für Deutschland.** Der Premierminister des Australischen Bundesstaates Hughes bestätigte die Nachricht, daß Weizenverkäufe an Deutschland stattgefunden haben und erklärte, daß die Frage der Wiederaufnahme des allgemeinen Handels demnächst dem Parlament vorgelegt werden würde.

Schlachtviehpreise. Die nachstehende Tabelle zeigt den Preis für den Zentner Lebendgewicht in Mark an den einzelnen Plätzen:

		Rinder	Kälber	Schafe	Schweine
Berlin . .	19. 3.	800—850	500—1100	250—675	1025—1200
Hannover	23. 3.	800—900	500—1200	300—750	1000—1800
Hamburg	22. 3.	270—1150	400—1150	275—625	850—1250
Dortmund	21. 3.	850—900	600—1000	450—700	800—1400
Frankf. a. M.	21. 3.	300—850	550—925	450—625	850—13[illegible]

Zum Ausschneiden und Aufheben!

Der neue Postgebühren-Tarif.

Es beträgt die Gebühr für:

die Postkarte im Ortsverkehr	30 Pf.
im Fernverkehr	40 „
den Brief im Ortsverkehr bis 20 Gr.	40 „
über 20 bis 250 Gr.	60 „
den Brief im Fernverkehr bis 20 Gr.	60 „
über 20 bis 100 Gr.	80 „
über 100 bis 250 Gr.	120 „
die Drucksache bis 50 Gr.	15 „
über 50 bis 100 Gr.	30 „
über 100 bis 250 Gr.	60 „
über 250 bis 500 Gr.	80 „
über 500 bis 1000 Gr.	100 „
die Drucksachenkarte	10 „
das Geschäftspapier bis 250 Gr.	60 „
über 250 bis 500 Gr.	80 „
über 500 bis 1000 Gr.	100 „
die Warenprobe bis 250 Gr.	60 „
über 250 bis 500 Gr.	80 „
die Mischsendung (Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben bis 250 Gr.	60 „
über 250 bis 500 Gr.	80 „

Für nicht oder unzureichend freigemachte Postkarten und Briefe wird das Doppelte des Fehlbetrages erhoben. Nicht freigemachte Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben werden nicht befördert; für unzureichend freigemachte Sendungen ist das Doppelte des Fehlbetrages zu entrichten.

Es beträgt die Gebühr für:

das Päckchen bis 1 Kgr.	2,— M.
das Paket bis 5 Kgr. einschließlich	
in der Nahzone	3,— „
in der Fernzone	4,— „
über 5 bis 10 Kgr. einschließlich	
in der Nahzone	6,— „
in der Fernzone	8,— „
über 10 bis 15 Kgr. einschließlich	
in der Nahzone	12,— „
in der Fernzone	16,— „
über 15 bis 20 Kgr. einschließlich	
in der Nahzone	18,— „
in der Fernzone	24,— „

Für dringende Pakete wird die dreifache, für sperrige Pakete die doppelte Gebühr erhoben.

Es beträgt die Gebühr für:

die Postanweisung bis 50 M. einschl.	50 Pf.
über 50 bis 250 M. einschl.	100 „
über 250 „ 500 M. einschl.	150 „
über 500 „ 1000 M. einschl.	200 „
über 1000 „ 1500 M. einschl.	300 „
über 1500 „ 2000 M. einschl.	400 „
die Zahlkarte bis 50 M. einschl.	25 „
über 50 bis 500 M. einschl.	50 „
über 500 „ 1000 M. einschl.	100 „
über 1000 „ 2000 M. einschl.	150 „
über 2000 M.	200 „
das Telegramm für jedes Wort	30 „
mindestens	3,— M.

Dringende Telegramme kosten die dreifache Gebühr. Päckchen, Pakete, Postanweisungen, Zahlkarten und Nachnahmesendungen müssen frankiert werden.

Einschreibgebühr 1 M.; Postaufträge außerdem 50 Pf. Vorzeigegebühr; für die zweite Vorzeigung von Postaufträgen und Nachnahmen 50 Pf.

Versicherungsgebühr bei Wertbriefen außer der Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung für je 1000 M. Wertangabe oder einen Teil von 1000 M. 1 M.; bei Wertpaketen bis 500 M. einschl. 1 M., über 500 bis 1000 M. einschl. 2 M., über 1000 M. für je 1000 M. Wertangabe oder einen Teil davon 2 M.

Eilbestellgebühren für Briefsendungen im Ortsbestellbezirk 1,50 M., im Landbestellbezirk 3 M.; für Pakete im Ortsbestellbezirk 2,50 M., im Landbestellbezirk 5 Mark.

Ortsverkehr ist der Verkehr innerhalb des Orts- und Landbestellbezirks des Aufgabepostortes.

Dürfen Lehrlinge nach Beendigung ihrer Lehrzeit entlassen werden?

Diese Frage ist seit Bestehen der Verordnung über die Entlassung von Arbeitern und Angestellten eine der vielumstrittensten. Der Demobilmachungskommissar bei der Kreishauptmannschaft Leipzig steht auf dem Standpunkte, daß eine Entlassung neu ausgelernter Lehrlinge trotz Bestehens obiger Verordnung zulässig ist, wie aus dem Bescheid hervorgeht, den er einer Leipziger Gewerkschaft erteilt hat. Dieser Bescheid lautet wie folgt:

Auf Ihre Vorstellung vom 2. d. M. wird Ihnen nach eingehender Prüfung aller einschlägigen Verhältnisse mitgeteilt, daß der unterzeichnete Demobilmachungskommissar von seinem in der Lehrlingsfrage eingenommenen Standpunkte nicht abzugehen vermag.

Wenn ein Arbeitgeber seine Lehrlinge nach beendeter Lehrzeit nicht weiterbeschäftigt, sondern dafür andere Lehrlinge einstellt, so liegt zweifellos kein Fall des § 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920 vor, da in der Zahl der Arbeitnehmer keine Verminderung eintritt. Die von einigen Seiten geäußerte Ansicht, daß auch in einem solchen Falle die ausgelernt habenden Lehrlinge weiterbeschäftigt werden müßten, da durch die in dem Betriebe noch gänzlich unerfahrenen neuen Lehrlinge allgemein eine Verminderung der Arbeitsleistung im Betriebe eintreten würde, erscheint abwegig. Die Verordnung will nur eine unnötige Verminderung der Arbeitnehmerzahl, nicht aber der Arbeitsleistung verhüten. Gegen letztere haben Betriebsleitung und Betriebsrat gemeinsam geeignete Maßnahmen zu treffen.

Aber auch wenn an Stelle der aus der Lehre tretenden keine neuen Lehrlinge eingestellt werden, kann ein Fall des § 12 Absatz 1 a. a. O. nicht als gegeben angesehen werden. Denn es liegt überhaupt keine Entlassung im Rechtssinne, d. h. eine durch einseitige Erklärung des Arbeitgebers erfolgte Auflösung eines Dienstverhältnisses vor. Dieses endigt eben, wie bereits früher ausgeführt, von selbst, ohne daß es eines neuen Ausspruches von irgendeiner Seite bedarf. Die Verordnung vom 12. Februar 1920 will doch nur dem vorbeugen, daß Arbeitnehmer plötzlich auf die Straße geworfen werden, da ihnen bei den namentlich für Arbeiter kurzen Kündigungsfristen wenig Zeit verbleibt, sich unter den heutigen Arbeitsverhältnissen einen neuen Arbeitsplatz zu sichern. Dem steht auch die Verordnung über Freimachung von Arbeitsstellen vom 25. April 1920, die übrigens in allernächster Zeit aufgehoben werden soll, durch die gerade für Lehrlinge in ihren §§ 7 und 14 gegebene Möglichkeit nicht entgegen. Wollte die Verordnung vom 12. Februar 1920 allgemein für Lehrlinge etwas Neues schaffen, so hätte sie dies besonders festsetzen müssen, wie sie es für Lehrlinge als Kriegsteilnehmer in ihrem § 8 Absatz 2 getan hat.

Sächsische und lokale Mitteilungen.

Naunhof, den 30. März 1921.

Merkblatt für den 30. März.

Sonnenaufgang	5^{43}	Mondaufgang	12^{44} V.
Sonnenuntergang	6^{28}	Monduntergang	9^{48} V.

1559 Rechenmeister Adam Riese gest. — 1856 Der Friede von Paris beendet den Krimkrieg. — 1914 Maler Hubert v. Herkomer gest.

— Es ist furchtbar bedauerlich, wenn in einem Städchen wie **Naunhof** immer wieder von Roheiten berichtet werden muß. Eine der allerschlimmsten Erscheinungen hat sich vorige Woche in der Bahnhofstraße zugetragen. Dort wurden in der Freitagnacht von der Einfriedigung der Dannhäuserschen Villa nicht weniger als vier große schwere Staketpfeilerköpfe losgewuchtet und heruntergeworfen. Das aber nicht allein, auch die Zaunverzierung, welche den wilden Wein trägt, und dem Vorgarten ein geschmackvolles Ansehen gibt, wurde vom Toreingange versucht herunterzureißen; dies ist den Wüstlingen aber nicht gelungen. Wie wir erfahren, handelt es sich um junge Burschen, die vor einiger Zeit dasselbe Verbrechen an der Nachbarvilla des Herrn Hübsch zur Ausführung brachten. Diese Burschen sollen geäußert haben, daß eine Villa nach der anderen daran kommen soll. Vielleicht lassen sich die Namen dieser Vandalen ermitteln, wenn eine sehr hohe Belohnung ausgesetzt wird. Im vorliegenden Fall müßte alles versucht werden, den Tätern auf die Spur zu kommen. — Wie aus einer heutigen Anzeige ersichtlich, treiben auch in der Wurzenerstraße Bubenhände ihr Werk, indem sie Zaunlatten von einem Grundstück losbrechen und entwenden. Der Besitzer hat 50 Mark Belohnung für Namhaftmachung des Täters ausgesetzt.